

Gesetzentwurf der Bürgerallianz zur Abschaffung der Zwangsbeiträge

- Die Bürgerallianz zur Abschaffung der Zwangsbeiträge hat einen Gesetzentwurf erarbeitet. Foto: Ralf Ehrlich

"Noch in diesem Jahr sollen möglichst alle im Landtag vertretenen Parteien für die Abschaffung des praktizierten Unrechts gewonnen werden. Das willkürlich angewandte komplizierte Beitragsrecht muss weg", sagt Peter Hammen, Chef der Bürgerallianz gegen Zwangsabgaben in Thüringen.

Schmalkalden. Hammen und seine Mitstreiter hoffen auf "eine qualifizierte parlamentarische Diskussion im Herbst 2010 zu diesem Thema".

Der Gesetzentwurf der Bürgerallianz orientiert auf die Abschaffung der Zwangsbeiträge, ohne dass zusätzliche Kosten für den Landeshaushalt entstehen. Dieser Gesetzentwurf sei europatauglich und zukunftssicher, heißt es weiter. Die kommunale Selbstverwaltung werde gestärkt und Transparenz wieder möglich. Es müsse das Prinzip gelten: "Was alle nutzen können, müssen alle bezahlen, aber nur in kleinen Beträgen." Die neue Infrastrukturabgabe erfordert im Durchschnitt (bei gleichem Investitionsniveau) eine Zahlung von ca. 40 Euro pro Grundstück und Jahr. Diese Abgaben können als Nebenkosten abgerechnet werden. Bereits bezahlte Zwangsbeiträge werden zurückerstattet bzw. verrechnet, so das Modell der Bürgerallianz.

Das Eckpunktepapier von Innenminister Huber sei dagegen nicht geeignet, das bestehende Unrecht abzuschaffen, so Hammen weiter. Es bleibe sogar hinter den minimalsten Erwartungen der Bürgerinitiativen zurück.

"Gegen das Unrecht und für den Gesetzentwurf der Bürgerallianz findet eine Demonstration in Erfurt statt", zu der der Schmalkalder Peter Hammen aufruft. Termin ist am Donnerstag, 19. August um 16 Uhr vor dem Thüringer Landtag. Die Bürgerallianz als Dachverband von über 100 Bürgerinitiativen bittet alle Thüringer um Unterstützung bei der Realisierung dieser wichtigen Gesetzesänderung.

Frank Buhlemann / 17.08.10 / TA